

Datum: 29.10.2003

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	20.11.2003	

Betreff

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
"Energiefond / Energiebeirat"

Finanzielle Auswirkungen ☐ keine haushaltsmäßige Berührung ☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt	Haushaltsstelle(n): Gesamtkosten der Maßnahme: ggf. Höhe des Zuschusses %=
--	---

Beschlussvorschlag

siehe beiliegenden Antrag

Sachverhalt

Bündnis 90 / Die Grünen
- Ratsfraktion –

An den Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 26.10.2003

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kruse,

wir bitten Sie den Punkt „Energiefond/Energiebeirat“ in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen.

Die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt zu diesem Tagesordnungspunkt folgende Anträge:

„Der Energiebeirat verwaltet den Energiefond, den die RWE gemäß Konzessionsvertrag mit der Stadt bereitstellen. Der Fond umfasst einen Grundstock von ca. 3,5 Mio. € plus einer jährlichen Rate von ca. 0,5 Mio. €.

Der Energiebeirat hat sich in einer Geschäftsordnung selbst folgende Ziele gesetzt:

- *die Öffentlichkeit über die Auswirkungen verschiedenster Maßnahmen des Umwelt- und Klimaschutzes, der regenerativen Energiewirtschaft und des Energiemanagement sowie rationellen Energieeinsatzes zu informieren,*
- *den Castrop-Rauxeler Bürgerinnen, Vereinen und Verbänden sowie Einrichtungen aktive und direkte Möglichkeiten zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der örtlichen Klimasituation anzubieten.*
- *Entsprechende Maßnahmen zu initiieren, zu unterstützen bzw. Mittel bereitzustellen, die eine Reduzierung der CO₂-Belastung bewirken und eine Energieeinsparung beinhalten.*
- *die Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und das Bewusstsein für die Umweltprobleme sowie energierelevante Fragestellungen zu wecken und weiterzuentwickeln.*

Wenn man den Energiebeirat an seinen eigenen Zielvorstellungen misst, dann muss man konstatieren, dass er praktisch auf ganzer Linie versagt hat.

Insbesondere spielen die „Öffentlichkeit“ oder die „Castrop-Rauxeler Bürgerinnen, Vereinen und Verbände“ in den Beschlüssen des Energiebeirates überhaupt keine Rolle. Von bisher beschlossenen 7.643.822 € gingen ganze 161.057 € in den Bereich „Öffentlichkeit“, also ganze 2,1 Prozent. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Energieberatung bei der Verbraucherberatungsstelle bis Ende 2004, die auf Initiative von Bündnis 90 / Die Grünen eingerichtet wurde.

Ansonsten wird aus dem Energiefond die Sanierung der städtischen Gebäude finanziert. Dacherneuerungen und Fassadensanierungen haben zwar – z.B. durch bessere Wärmedämmung - auch einen Energiespar-Effekt. Aber der Energiefond finanziert eben nicht nur die Wärmedämmung, sondern das komplette Dach - was ein Vielfaches der Kosten für die Wärmedämmung ausmacht - so dass nur ein Bruchteil der Investitionen durch die selbstgesetzten Ziele des Energiebeirates gedeckt ist.

Zur Zeit ist der Energiefond effektiv ein kommunaler Schattenhaushalt, der mit seinen ursprünglichen Zielsetzungen nichts gemein hat.

Trotz aller kommunaler Haushaltsprobleme halten wir nach wie vor die Zielsetzungen des Energiebeirates für richtig. Und wir halten es ökologisch wie ökonomisch für sinnvoll, die Ziele umzusetzen.

Zur Zeit verschlingt die Stadtverwaltung den gesamten Energiefond. Würde man die Öffentlichkeit - also BürgerInnen, Vereine, Gewerbetreibende – einbeziehen und deren Energieeinsparungsinvestitionen unterstützen, dann könnte man mit jedem Euro des Energiefonds zusätzliche Investitionen initiieren. Bei einer angenommenen Subvention von 20% würden wir mit unserer halben Mio. € pro Jahr eine ökologische Investition im Wert von 2,5 Mio. € auslösen. Und das ist der eigentliche Sinn solcher Energiefonds. Durch Unterstützung mit zinslosen Krediten z.B. könnte die ausgelöste Investition noch weiter erhöht werden.

Um den Energiefond wieder auf den Weg seiner ursprünglichen Zielsetzung zu bringen stellt die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgende Anträge:

1. Der Energie-Beirat reserviert jährlich 200.000,- € zur Unterstützung von Projekten, die aus der örtlichen Bevölkerung (BürgerInnen und Gewerbe) beim Energie-Beirat angemeldet werden können.

Für diesen Zweck muss der Energie-Beirat entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Die Unterstützung kann in Form von Zuschüssen und Darlehen erfolgen. Die angemeldeten Projekte müssen der Präambel der Geschäftsordnung des Energie-Beirates entsprechen. Nicht verbrauchte Gelder aus diesem Topf kann der Energie-Beirat nach Ablauf des jeweiligen Jahres für andere Projekte verwenden.

2. Der Energiebeirat beschließt entsprechende Vergaberichtlinien

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Ratssitzung einen Vorschlag für unkomplizierte und leicht zu handhabende Vergaberichtlinien (z.B. ähnlich der Förderrichtlinien des Hannoveraner Energiefonds „ProKlima“).

3. Ein Demonstrations-Projekt mit Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Energie-Beirat organisiert ein öffentlichkeits-wirksames Demonstrations-Projekt zur Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie (ähnlich dem Solar-Projekt auf der Zeche Zollverein) und stellt die Anschubfinanzierung sicher. Die Bevölkerung erhält die Möglichkeit, Fotovoltaik-Module für den Betrieb in diesem Projekt zu erwerben.

4. Zurücknahme aller beschlossenen Projekte, die noch nicht begonnen wurden

Der Energiebeirat hat bisher bereits über mehr Gelder beschlossen, als ihm bisher überhaupt zur Verfügung stehen. Zudem sind von beschlossenen 7.643.822 € bisher lediglich 2.107.647 € abgerufen worden. Wie beim 30-Mio-DM-Programm werden Beschlüsse gefasst, unabhängig davon, ob die Verwaltung sie überhaupt zeitnah umsetzen kann. Und gleichzeitig wird in Kompetenzen des zukünftigen Rates eingegriffen, da bereits weit mehr Vergaben beschlossen wurden, als bis zum Ende der Ratsperiode in den Energiefond eingezahlt wird. Diese Fehlentwicklungen müssen zurück genommen werden.“

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Werkle